



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Spectator: Politik und Wirtschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Politik und Wirtschaft

Ein ereignisreiches und wechselvolles Jahr hat von uns Abschied genommen. Ein Jahr voller Unruhe und schwerer Schickungen, erfüllt von Krieg und zerstörender Umwälzung, ein Jahr, für uns ebenso reich an glänzenden wirtschaftlichen Erfolgen wie an Einbußen und Verlusten; ein Jahr, das uns wenig heitere, aber viele schwere und sorgenumdüsterte Stunden beschert und uns kurz vor seinem Scheiden noch des Steuermannes beraubt hat, dessen feste Hand, so hofften wir, unser Staatsschiff unverseht durch alle Fährlichkeiten und Klippen lenken sollte. So überschreiten wir die Schwelle des neuen Jahres zwar nicht kleinmütig und verzagt, aber doch in ernster Stimmung, dessen bewußt, daß uns Gefahren umdrohen, und daß wir alle, die Nation im ganzen, wie jeder einzelne für sich, bereit sein müssen, das Höchste zu leisten, wenn die Stunde ruft.

Länger denn vierzig Jahre hat das Deutsche Reich der Welt Beweise über Beweise seiner unerschütterlichen Friedensliebe gegeben. Glänzend ist in Erfüllung gegangen, was Kaiser Wilhelm der Alte in der Geburtsstunde des neuen Reichs für sich und seine Nachfolger an der Kaiserkrone gelobte: „allzeit Mehrer des Reichs sein zu wollen, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiet nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“ Mächtig ist seit jenem Tag das Deutsche Reich erstarkt. Es hat im Laufe eines Menschenalters einen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung genommen, der in der Weltgeschichte ohne Beispiel dasteht. Eine Bevölkerungszunahme von sechzig Prozent, eine Vermehrung des Reichtums und Wohlstandes in so rapidem Wachstum, daß der Unterschied gegen die reichen Nachbarvölker ausgeglichen ist und der jährliche Zuwachs am Nationalvermögen nicht weniger als vier Milliarden Mark beträgt. Dementsprechend eine gesteigerte Lebensführung in allen Klassen, eine Vermehrung der Steuer- und Wehrkraft, mit der andere Nationen nicht Schritt zu halten vermögen. Das sind Erfolge, die eine Nation wohl stolz machen könnten, zumal sie errungen sind lediglich

durch Pflege und Entfaltung innerer Kräfte, und nicht mit der Schärfe des Schwertes den Nachbarn abgerungen werden mußten. Und doch hat diese glänzende Entwicklung unser nationales Dasein nicht sorgenfreier, selbstzufriedener zu gestalten vermocht. Betrachten wir die Ereignisse der letzten Jahre, so will es scheinen, daß gerade mit der Eigenart des modernen wirtschaftlichen Aufschwungs die Gefahr äußerer Reibungen und Konflikte verbunden ist. Und auch im inneren Leben der Nation ist nicht allenthalben Grund zur Selbstzufriedenheit vorhanden. Eine Fülle schwieriger Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung umdrängt uns, wirtschaftliche Fragen zum Teil ganz neuer und eigenartiger Natur heischen ihre Lösung; Probleme auf dem Gebiete der Sozialpolitik, des Finanzwesens, der inneren Kolonisation, der Bodenpolitik und der Wohnungsfrage erheben sich, deren Zusammenhang mit der neuzeitlichen Gestaltung des Wirtschaftslebens ohne weiteres ersichtlich ist. Und die gärende Zeit gebiert auch Erscheinungen, die sich als unerwünschte und gefährliche Folgewirkungen dieser wirtschaftlichen Verschiebungen darstellen: den wachsenden Materialismus und Egoismus, die Erwerbshaft, den Luxus und die steigende Macht der Plutokratie, die Veräußerlichung und Verflachung des Lebens in allen Bevölkerungsklassen. So drängen sich wirtschaftliche Fragen auf allen Gebieten des nationalen Lebens in den Vordergrund. Es ist eine Entwicklung, die nicht künstlich großgezogen ist und auch nicht nach Belieben eingeschränkt oder zurückgedämmt werden kann, sondern eine solche, die im tiefsten Wesen der Zeit wurzelt und sich mit elementarer Macht Bahn bricht. Fragen aber, die derart das innerste Lebensinteresse der Nation berühren, bedürfen einer aufmerksamen Würdigung von seiten aller derjenigen, die sich bewusst sind, daß die Arbeit wie das Tun und Lassen jedes einzelnen sich zusammengefaßt in dem Leben der Nation widerspiegelt und die daher die Notwendigkeit erkennen, das wilde Gewässer so zu lenken und zu regeln, daß es keinen Schaden anstiften, sondern nur Segen verbreiten kann.

Es sind also die Fragen der Volkswirtschaftspolitik, die gegenwärtig und auf absehbare Zeit das Interesse der Nation beherrschen. Diese Fragen sind größtenteils außerordentlich schwierig und ungeklärt; ihr Zusammenhang oft dunkel und zweifelhaft. Daher ist auch ein Eingreifen des Staates im Wege der Gesetzgebung und Verwaltung erschwert und in vielen Fällen unmöglich. Häufig aber vermag freiwillig zweckbewusstes Handeln den Strom in das richtige Bett zu leiten. Doch ist die notwendige Voraussetzung, daß das Verständnis und der Zusammenhang wirtschaftlicher Vorgänge ein Gemeingut aller Gebildeten werde.

Woher kommt nun der übermächtige Einfluß, den das Wirtschaftsleben auf die Geschichte der Nation ausübt, ein Einfluß, der stark genug ist, sogar den Volkscharakter in einer kurzen Spanne Zeit umzuwandeln und aus dem Deutschen des zwanzigsten Jahrhunderts einen Typus zu formen, der mit dem Bilde seiner Ahnen kaum eine Ähnlichkeit mehr aufweist?

Sind uns die Gründe dieser Erscheinung klar, so ist uns auch der Schlüssel zum Verständnis mancher Folgewirkung gegeben, die uns sonst rätselhaft anmutet.

Wirtschaftliche Verhältnisse haben freilich von jeher einen bedeutenden Einfluß auf das Leben der Nationen ausgeübt. Es ist eine alte Erfahrung der Geschichte, durch hundertfache Beispiele belegt, daß der wirtschaftliche Aufschwung der politischen Macht folgt. Griechenland nach den Perserkriegen, Rom nach dem punischen Kriege, Holland nach der Befreiung vom spanischen Joch, England und schließlich Deutschland selbst sind Beispiele für die Wahrheit dieses Satzes. Und umgekehrt hat oft der Verlust einer wirtschaftlichen Machtstellung auch den der staatlichen nach sich gezogen: so hat die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien den Levantehandel brachgelegt und Venedig, die alte Königin der Adria, depostierte, zugleich die Blüte des oberdeutschen Handels und die Macht der Hanse geknickt und durch diese wirtschaftliche Zurückdrängung den Verfall des Deutschen Reiches beschleunigt. Aber bei diesen weltgeschichtlichen Vorgängen handelt es sich doch um andere Dinge als bei der wirtschaftlichen Machtstellung moderner Staaten. Diese beruht nicht, wie in alter Zeit in erster Linie auf dem Handel, sondern in erster Linie auf der Industrie, der sich der Handel als ein notwendiges und bedeutendes, aber doch dienendes Glied anschließt. Weltumspannend waren auch früher die Beziehungen des Handels, aber eine Weltwirtschaft im heutigen Sinne war früheren Jahrhunderten unbekannt. Sie ist eine Folge des modernen Produktionsprozesses.

Technik und Verkehr haben im Laufe von einem halben Jahrhundert die Grundlagen des Wirtschaftslebens vollständig verschoben. Maschine und Großbetrieb haben diese tiefgreifende Veränderung bewirkt. Die arbeitssparende Maschine ermöglicht die Massenproduktion. Ihre Verwendung macht aber diese Massenproduktion zugleich zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, denn die Maschine arbeitet nur billiger, wenn sie Mengen erzeugt. Je höher die Arbeitsleistung, um so geringer die Herstellungskosten. Mit der Maschine trat also der volkswirtschaftliche Grundsatz in das Leben, der fortan das Fundament der modernen Güterproduktion bildet, der aber für die alte Art der handwerklichen Erzeugung keine Gültigkeit hatte: je größer der Umsatz, um so geringer die Kosten. Daraus ergab sich eine vollständige Änderung in den Zwecken und Zielen der Produktion. Die handwerkliche Gütererzeugung dient im wesentlichen nur der unmittelbaren Bedarfsdeckung. Der Schuster fertigt Stiefel für den Bedarf seiner Kunden; er befriedigt eine vorhandene Nachfrage. Die moderne Stiefelfabrik liefert die Stiefel hundert-, tausendweise an einem Tag, sie arbeitet unaufhörlich, oft mit Nachtbetrieb, denn sie kann ihren Betrieb weder einstellen noch ohne schwere Verluste einschränken. Sie folgt dem wirtschaftlichen Gesetz, das sie zur Massenproduktion verurteilt, wenn ihr Betrieb rentabel bleiben soll.

Diese Massenproduktion ist also ein Arbeiten auf Vorrat, eine Produktion von Gütermengen, für die zunächst kein Absatz vorhanden ist, sondern für die

ein Absatz erst am Markte gesucht werden muß. Die Industrie ist mithin darauf angewiesen, diesen Absatz zu fördern, sich neue Absatzquellen zu erschließen, alle Kräfte anzuspannen, um ihre Erzeugnisse an den Mann zu bringen. Das Inland reicht hierzu nicht aus; sie sucht daher das Ausland auf, macht Propaganda, treibt Reklame, sucht, wo ein Bedürfnis nach ihren Waren nicht vorhanden ist, ein solches künstlich groß zu züchten, hierbei unterstützt durch die Billigkeit ihrer Erzeugnisse und deren — oft nur scheinbare — Zweckmäßigkeit. Ein jedes Warenhaus ist ein Beispiel dafür, wie Artikel größerer oder geringerer Wichtigkeit, oft genug ganz wertlose Spielereien, in Massen hergestellt werden, um durch ihre Billigkeit Käufer anzulocken.

Dieses Gesetz gilt aber in gleichem Maße auch für die schwere Industrie; auch sie muß daher den Absatz künstlich und durch besondere Einrichtungen und Organisationen fördern. Auch hier muß das Ausland als Abnehmer heran; jede nur einigermaßen entwickelte Industrie hat alsbald ihren Schwerpunkt im Export. Dieser Export wird nun in großzügigster Weise gefördert. Es werden in fremden Ländern Eisenbahnen gebaut, Häfen und Kanäle angelegt, Elektrizitäts- und Gaswerke gegründet, alles um der rastlos produzierenden Industrie Gelegenheit zum Absatz ihrer Produkte zu geben. So hat Deutschland, welches keine Kolonien von Aufnahmefähigkeiten besitzt, und ausschließlich auf Länder unter fremder Oberherrschaft angewiesen ist, im Wege dieser friedlichen Durchdringung und wirtschaftlichen Eroberung sich in Südamerika, in Ostafrika, vornehmlich aber in den Ländern der Türkei (die anatolische und die Bagdadbahn) dauernde Absatzquellen geschaffen und gewaltige Summen investiert. Es entsteht so in weniger kultivierten Ländern eine Art friedlicher Kolonisation und Exploitation, welcher dem Industrieland ein gewisses wirtschaftliches und unter Umständen auch politisches Übergewicht verleiht. Damit sind dann aber auch die Reime zu Rivalitäten und politischen Zusammenstößen mit anderen Nationen gegeben. Es braucht nur an unser Verhältnis zu England wegen der türkischen Bahnen, zu Frankreich wegen unserer Interessen in Marokko erinnert zu werden.

Diese ganze Entwicklung der Industrie ist nun nicht möglich, ohne daß eine finanzielle Unterstützung größten Maßstabes ihr zur Seite steht. Hand in Hand mit dem Aufblühen der Industrie geht daher die Ausbildung des Bankwesens. Die Banken haben die Aufgabe, der Industrie die erforderlichen Mittel zur Durchführung ihrer großen Pläne zu liefern. Diese Mittel sind sehr bedeutend. Die Herstellung der industriellen Anlagen selbst, welche mit dem Erlös von Aktien und Obligationen oder Krediten bestritten wird, die Investitionen im Ausland, zu deren Deckung Anleihen übernommen werden oder neue Gesellschaften gegründet werden müssen, stellen an die Leistungsfähigkeit der Banken große Anforderungen. Die Beschaffung des Kapitals durch Emission von Effekten und die Heranziehung von Depositen und Spareinlagen führt zu einer steigenden Mobilisation der Vermögen. Enorme Beträge an

Einlagegeldern werden in die Kassen der Banken und Sparanstalten geleitet. An siebzehn Milliarden betragen die deutschen Spareinlagen, an zehn Milliarden die Bankdepósitos, an zwei Milliarden die Einlagen der Genossenschaften. Weitaus größer sind die Beträge, welche in Form von Effekten in den Verkehr gebracht worden sind. Diese Vermehrung der mobilen Kapitalanlage hat zur Vorbedingung wie zur Folge eine leistungsfähige Börse und ein lebhaftes Börsengeschäft; sie führt notwendigerweise zu einer Zunahme der Spekulation und durch das Überhandnehmen der Kredite zur Verteuerung der Zinssätze und zu periodischen Geldkrisen.

Dieser in den einfachsten schematischen Umrissen skizzierte Entwicklungsgang der modernen Industrie macht es leicht verständlich, warum unsere äußere Politik derart von Rücksichtnahme auf wirtschaftliche Interessen beherrscht wird. Die Politik „der offenen Tür“ ist ja ein in den letzten Jahren genügend bekanntes Schlagwort, wenn es sich um die Interessen exportierender Länder gegenüber unaufgeschlossenen handelt. Die Regelung der Zölle und die Handelsvertragspolitik sind die wichtigsten Fragen für die exportierende Industrie; sie muß alles daran setzen, daß die Einfuhrzölle fremder Länder vertraglich und auf lange Zeit gebunden werden. Auf der anderen Seite aber schafft die kolonialisatorische Tätigkeit in fremden Ländern vielfach Reibungen, wie bereits erwähnt. Mit dem Anwachsen der überseeischen Lebensinteressen ist daher auch eine entsprechende Verstärkung der Seemacht unerläßlich, mag auch diese vermehrte Rüstung selbst wieder, wie in unserem Verhältnis zu England, den möglichen Anlaß zu Konflikten bieten. Die Stellung Deutschlands als ein Staat mit starken weltwirtschaftlichen Interessen ist nun, wie nicht übersehen werden kann, im Vergleich zu anderen Nationen eine ungünstige. Wir haben durchweg nur Interessen in fremden Ländern, in welchen wir zum Schutz derselben nicht unmittelbar politisch eingreifen können. Wir sind für den Bezug von Rohmaterial, vor allem der wichtigen Baumwolle, ganz auf das Ausland angewiesen. Wir liegen ferner nur in einer Ecke am Weltmeer, von diesem durch den Kanal getrennt, den England und Frankreich uns zu sperren vermögen. Selbst die Rheinmündungen, der natürliche Ausfuhrweg für unsere rheinisch-westfälische Industrie, sind in fremden Händen. Wir haben also gegenüber unseren Rivalen bei Verteidigung unserer überseeischen Interessen eine schwierige Position, die zu vorsichtigem Handeln zwingt. Nicht immer wird es leicht sein, ihren Schutz durchzuführen, ohne noch größere und wichtigere zu gefährden. Unser Handel ist daher in weit schwierigerer Lage, als der Englands, der sich auf die reichen Kolonialländer unter englischer Oberhoheit stützt.

Vielfältiger, komplizierter und schwieriger sind die Fragen der inneren Politik, zu denen die Industrialisierung des Landes Anlaß gibt.

Die wichtigste ist die eigentliche Arbeiterfrage, die mit der Bildung eines besonderen Industriearbeiterstandes gegeben ist. Sie hat Deutschland in den Anfängen der Entwicklung große Schwierigkeiten bereitet, weil das Klassen-

bewußtsein der Arbeiter sich bei uns schroffer, doktrinärer äußerte, als in anderen Ländern, und weil das Spielen mit der revolutionären Phrase auf der einen Seite, der unbeugsam festgehaltene Herrenstandpunkt auf der anderen, der Seite der Unternehmer, zu einem unversöhnlichen Gegensatz führte. Nach der Beseitigung des Sozialistengesetzes sind die Verhältnisse besser geworden. Viel haben dazu die verständigen sozialpolitischen Gesetze und Maßnahmen des Reiches, sowohl die eigentliche Arbeiterversicherung, das Ruhmesblatt Deutschlands, als die Schutzvorschriften der Gewerbeordnung gegen Lohnrückerei, Überstunden, Frauen- und Kinderarbeit, die Bestimmungen über Arbeitsordnung und den sanitären Schutz der Arbeiter getan. Noch aber ist eine dauernde Harmonie der Interessen — soweit sie überhaupt möglich ist — nicht gesichert. Die großen Arbeitgeberverbände stehen im großen und ganzen den Gewerkschaften und Verbänden der Arbeiter abhold gegenüber. Eine allgemeine Anerkennung der Tarifverträge oder gar des kollektiven Arbeitsvertrags ist noch ein Postulat der Zukunft.

So wichtig nun auch die Regelung der unmittelbaren wirtschaftlichen Verhältnisse des vierten Standes ist, so reicht doch der Einfluß der Industrie auf die Bevölkerung weiter. Denn die Industrie braucht Hände, viel Hände. Die wachsenden Unternehmungen ziehen Arbeitskräfte an sich, wo sie dieselben finden können. Es entsteht eine völlige Verschiebung in der Zusammensetzung des Volkskörpers, jene Loslösung der Landbevölkerung von der Scholle und Verwandlung der Bauern und Kleinsassen in Industriearbeiter, die eine gewaltige politische Umwälzung bedeutet und von weittragenden Folgen begleitet ist. Auf dem durch den Wegzug der Arbeiter entblößten Lande entsteht die Leutenot, der durch Heranziehung billiger ausländischer Saisonarbeiter nur schlecht und mit schweren Nachteilen abgeholfen werden kann. In den Städten und in den Revieren der Kohlen- und Eisenindustrie drängt sich die Bevölkerung zusammen. Die Städte wachsen mit hypertrophischer Geschwindigkeit auf das Vielfache ihres bisherigen Umfangs. Neben die vier Millionenstadt Groß-Berlin treten fünfzig andere Großstädte, darunter mehr als fünfzehn mit über 250 000 Einwohnern. Während vor dreißig Jahren noch die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig war, ist es heute nur noch ein Viertel; das Problem der inneren Kolonisation tut sich auf. Und in den Städten führt die Zusammenballung der Bevölkerung zu anderen Mißständen und Schwierigkeiten. Steigerung der Bodenrente, Grundstücks- und Bauspekulation schaffen die Wohnungsfrage, deren Lösung eine der dringlichsten Aufgaben ist, wenn nicht die in den Großstädten zusammengepferchte Bevölkerung körperlich und sittlich zugrunde gehen soll. Das gedrängte Wohnen der Bevölkerung schafft noch andere Probleme: es belastet die Gemeinden mit kommunalen Aufgaben bisher unerhörten Umfangs. Die Kommune wird zusehends aus einer öffentlich rechtlichen Körperschaft mit bloßen Verwaltungsbefugnissen umgewandelt in eine solche mit den bedeutendsten und verschiedenartigsten gemeinwirtschaftlichen Zielen. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke,

Schlachthäuser und Straßenbahnen werden betrieben, Lebensmittel bezogen, Hypothekenkredit gewährt, eine kommunale Bodenpolitik eingeleitet.

Und auch dem Staate als solchem erwachsen aus der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse besondere Aufgaben. Gegenüber der Erstarkung des Unternehmertums, das durch Zusammenschluß und Kapitalzusammenballung einen Staat im Staate darstellt, gefährlich durch die beinahe unumschränkte wirtschaftliche Macht und die von ihm unzertrennliche plutokratische Tendenz, liegt es ihm ob, das Gemeinwohl durch eine auf den Schutz der Konsumenten bedachte Politik kräftig zu wahren. Auf die wichtige Aufgabe der inneren Kolonisation ist bereits hingewiesen: kein wichtigeres Staatsinteresse, als den entwurzelten und haltlos fluktuierenden städtischen Bevölkerungsmassen wieder einen lebensfähigen, dauernd mit der Scholle und der Heimat verwachsenen Bauernstand gegenüberzustellen. Daran schließt sich an eine zweckmäßige Verteilung des ländlichen Grundbesitzes, wie sie durch die Aufteilung der Domänen bereits in die Wege geleitet ist. Der plutokratischen Entwicklung ist durch ein gerechtes Besitzsteuersystem insbesondere durch die Reichserbschaftsteuer entgegenzuwirken, der möglichen Ausbeutung der Konsumenten durch Privatmonopole, mittels entsprechender Gegenmaßnahmen vorzubeugen. Der Monopolisierung des Bergbaus ist der Staat bereits vor einigen Jahren dadurch entgegengetreten, daß er die nicht verliehenen Felder sich reserviert hat; dem Kohlsyndikat hat er die Gesellschaft gekündigt, als dessen Preispolitik nicht mit den Interessen der Konsumenten übereinstimmte. Das Reichspetroleummonopol bedeutet einen weiteren Schritt auf diesem Wege des Schutzes der verbrauchenden Bevölkerungsklassen. Welche Widerstände bei solcher volkstümlichen Politik zu überwinden sind, zeigt gerade das letztere Beispiel; hat sich doch eine große Anzahl Handelskammern aus prinzipiellen Gründen gegen das Staatsmonopol erklärt. Es wirkt noch immer vielfach die alte, aus der Manchester Schule stammende Scheu gegen das Eingreifen und die Omnipotenz des Staates nach. Und doch ist nichts ungerechtfertigter, als eine solche Auffassung. Der moderne Staat ist solchen wirtschaftlichen Aufgaben durchaus gewachsen; den Befähigungsnachweis hat er in dem Musterbetrieb der Eisenbahnen, der mit Unrecht so oft angegriffenen staatlichen Bergwerke, der Post und der Telegraphie erbracht. In der Stärkung der staatlichen Zentralgewalt liegt die sicherste, ja die einzige Bürgschaft dagegen, daß nicht der moderne Kapitalismus in rücksichtsloser Fortbildung der in ihm wohnenden Tendenzen die Übermacht gewinnt und den Staat zu seinen Zwecken mißbraucht, wie wir dies in den bedenklichen Erscheinungen in den Vereinigten Staaten vor Augen haben.

Die wichtigste Aufgabe freilich wird bleiben, für die körperliche geistige und sittliche Gesundheit des Volkes zu sorgen. Diese Aufgabe kann der Staat allein nicht lösen. Polizei und Strafgesetz reichen dazu nicht aus. Soll die Wehrhaftigkeit der Jugend erhalten, die Lockerung der Sitten vermieden, die Familie, allzeit die sicherste Grundlage des Staates, in ihrer Geschlossenheit und Festigkeit

bewahrt, der drohende Geburtenrückgang aufgehalten werden, so bedarf es dazu des Zusammenwirkens vieler von dem Ernst und der Wichtigkeit des Zieles durchdrungener Männer. Glücklicherweise macht sich gegenüber den destruktiven Tendenzen und den zersetzenden Einflüssen des Radikalismus von selbst eine Reaktion geltend, die aus dem gesunden Kern des Volkes entspringt. Das lebhafteste Interesse, das den Leibesübungen und dem Sport entgegengebracht wird, das leidenschaftliche, echt deutsche Bemühen um Vertiefung der Bildung in den Volksmassen, das Suchen nach neuen Idealen gegenüber dem Materialismus der Zeit, die innere Anteilnahme an den tieferen Problemen der Religion und Philosophie sind Anzeichen dafür, daß noch die Kraft und der Wille vorhanden sind, die gefährlichen Symptome der Krankheit zu überwinden.

Hierzu bedarf es der Einsicht in die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, aus dem allein das Verständnis für die zu bekämpfenden Erscheinungen und ihre Ursachen gewonnen werden kann. Die Grenzboten setzen es sich zur Aufgabe an ihrem Teil mitzuwirken an der Aufklärungsarbeit, die notwendig erscheint, wenn gerade die wertvollen Bevölkerungselemente, die dem wirtschaftlichen Kampfe fern stehen, zur positiven Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben herangezogen werden sollen. Diesem Zweck sind die wirtschaftlichen Übersichten in der Rubrik „Bank, Geld und Wirtschaft“ zu dienen bestimmt. Es werden darin nicht Themen für Fachleute behandelt, sondern die wirtschaftlichen Erscheinungen mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit und ihren Zusammenhang mit den allgemeinen politischen Fragen einer Besprechung unterzogen. Möge diese Aufklärungsarbeit, so unvollständig sie nach Lage der Sache sein muß, dem erhofften Interesse begegnen! In der gärenden Zeit, in welcher wir leben, ist es Pflicht jedes Wackeren, in Reih und Glied zu treten und seinen Mann zu stehen.

Spectator



Der deutsche Idealismus in der geistigen Entwicklung Thomas Carlyles

Von Dr. Gerhard Ritter in Kassel



ie Lebensphilosophie Thomas Carlyles ist in der historischen Betrachtung von seiner Persönlichkeit gar nicht abzulösen. Ein immer strebendes Bemühen, das Ringen eines starken Willens um einen sicheren Grund zu persönlicher Lebensbejahung — das ist ihr wesentlicher Inhalt, nicht ein fertiges System wissenschaftlicher Welterkenntnis. Darum liegt der bleibende Gewinn dieser Denkarbeit auch nicht in erster Linie in den fließenden, mehr poetischen Formen